

Dringliche Motion Rolf Zbinden (PdA): AKW Mühleberg stilllegen – und zwar sofort!

Nach der Atomkatastrophe in Japan kam aus Mühleberg: In Berns Westen nichts Neues! Die AKW-Betreiber bleiben ihrer Linie, die sie seit Jahren konsequent verfolgen, treu: Zu den Schäden und Sicherheitsmängeln und zu den Gefahren für die Bevölkerung bieten die bernischen Kraftwerke BKW weiterhin nur: Fehlinformationen, Vertuschung, Abwiegelung, Vertröstung.

Der Bevölkerung ist ein solch gefährliches AKW mit solch verantwortungslosen Betreibern nicht länger zuzumuten. Die Bevölkerung der Stadt Bern, die innerhalb des 20-Kilometer-Radius rund um das Atomkraftwerk lebt, muss sofort und dauerhaft vor den Gefahren, die vom AKW Mühleberg drohen, geschützt werden.

Zu diesem Zweck wird der Gemeinderat beauftragt:

1. gegenüber dem Kanton und dem AKW-Betreiber alles in seiner Macht Stehende zu tun, um eine sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks Mühleberg zu erreichen;
2. alle Bestrebungen auf politischer und rechtlicher Ebene aktiv zu unterstützen, die eine sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks Mühleberg anstreben.
3. Alle seine diesbezüglichen Schritte offen zu kommunizieren.

Begründung der Dringlichkeit:

Das jüngste Verwirrspiel um die aktuelle Sicherheitsüberprüfung erlaubt keinen Aufschub der geforderten Massnahmen. Die Bevölkerung weit über die Stadt Bern hinaus hat ein Anrecht auf eine rasche Klärung der verunsichernden und beängstigenden Sachlage.

Bern, 31. März 2011

Dringliche Motion (Rolf Zbinden, PdA), Regula Fischer, Luzius Theiler, Stefan Jordi, Aline Trede, Hasim Sancar, Rahel Ruch, Lea Bill, Stéphanie Penher, Jeannette Glauser, Beat Zobrist, Halua Pinto de Magalhães, Annette Lehmann, Silvia Schoch-Meyer, Miriam Schwarz, Leyla Gül, Cristina Anliker-Mansour, Guglielmo Grossi, Nicola von Greyerz, Gisela Vollmer, Patrizia Mordini, Urs Frieden

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Die in der Dringlichen Motion geforderten Massnahmen betreffen inhaltlich Regierungs- und Verwaltungstätigkeiten, welche in den operativen Tätigkeitsbereich der Exekutive zu liegen kommen. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Der Gemeinderat hat bereits mehrfach betont, dass er sich auf politischem Weg dafür einsetzen will, dass das AKW Mühleberg zu einem möglichst raschen Zeitpunkt vom Netz genommen wird. Anlässlich des Gesuchs der BKW Energie AG um Aufhebung der Befristung der

Betriebsbewilligung für das AKW Mühleberg hat der Gemeinderat seine Haltung und seine Besorgnis in einer Einsprache festgehalten. Er lehnte die Aufhebung der Befristung ab und kritisierte insbesondere, dass der vom Bund 2007 geforderte Nachweis für den langfristig sicheren Betrieb mit dem rissbehafteten Kernmantel bisher nicht erbracht worden sei.

Der Gemeinderat hat sich im März 2010 zudem mit einem Brief an das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) gewandt und Auskünfte über die Sicherheitsprobleme und Sicherheitsnachrüstungen im AKW Mühleberg verlangt. Eine Delegation des Gemeinderats traf in der Folge mit Vertretern des ENSI zusammen und wurde darüber informiert, dass von den Betreibern des AKW Mühleberg bis Ende 2010 ein weiterer Sicherheitsbericht verlangt worden sei.

Der Gemeinderat wird sich weiterhin für den Schutz der Bevölkerung vor nuklearen Gefahren und für den von den Stadtberner Stimmberechtigten beschlossenen Atomausstieg einsetzen. Er wird sich dabei vor allem auf die bereits geknüpften Kontakte zu den Kantons- und Bundesbehörden, zu den Energiebetrieben und zu Fachleuten aus den Bereichen Energietechnik und Sicherheit konzentrieren.

Die von der Motion geforderte Unterstützung aller anderen politischen und rechtlichen Bestrebungen, „die eine sofortige Stilllegung des AKW Mühleberg anstreben“, lehnt der Gemeinderat jedoch ab. Es ist nicht seine Aufgabe, sämtliche politische und andere Bewegungen mit ähnlichen Zielen aktiv zu unterstützen.

Der Gemeinderat wird sich in seiner Rolle als städtische Exekutive weiterhin dafür einsetzen, eine möglichst hohe Transparenz zu schaffen und mitzuwirken, damit das AKW Mühleberg zu einem möglichst frühen Zeitpunkt vom Netz genommen werden kann. Er ist deshalb bereit dazu, die Motion Rolf Zbinden (PdA): AKW Mühleberg stilllegen - und zwar sofort! als Postulat zu unterstützen. Eine Motion hätte allenfalls Richtliniencharakter, wäre aber auch als Richtlinie nicht stufengerecht und zu unpräzise, um konkrete Handlungen auszulösen.

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion Zbinden abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 4. Mai 2011

Der Gemeinderat